

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **14.09.2016**, 17:15 Uhr - 19:43 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Gaby Comos-Aldejohann, Olaf Dreßen (ab 17:25 Uhr), Richard-Michael Halberstadt, Babette Lichtenstein-van Lengerich (bis 18:50 Uhr), Christel Loschelder, Karin Reismann (bis 17:25 Uhr), Peter Wolfgarten, Marc Würfel-Elberg (ab 17:30 Uhr),

von der SPD-Fraktion:

Doris Feldmann, Elke Haves, Thomas Kollmann, Petra Seyfferth, Meik Tafelski,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Dr. Brigitte Hasenjürgen, Otto Reiners (bis 19:58 Uhr), Sylvia Rietenberg, Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion:

Claudia Grönefeld (bis 20:10 Uhr),

von der Fraktion DIE LINKE.:

Martin Scholz (bis 20:11 Uhr),

auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP:

Joachim Bruns,

Sachkundige Einwohner/innen:

Yildirim Eroglu (bis 19:38 Uhr), Otmar Knüvener, Gudrun Sturm, Arnold Voskamp,

von der Verwaltung:

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Jeanette Diedenhofen, Prof. Dr. Thomas Hauff, Merle Heitkötter, Jessica Kochmann, Heinz Lembeck, Florian Meyer, Sabine Obach, Gabriele Regenitter, Dr. Matthias Schmidt, Marcus Schölling, Dr. Norbert Schulze Kalt-hoff, Sabine Stens, Alexander Weitz, Michael Willamowski, Petra Woldt,

für die Schriftführung:

Barbara Hamisch,

Es fehlte/n:

Sven Gotthal, Christoph Kattentidt, Martin Schofer,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 14.09.2016

Tagesordnung

- | | | |
|---------------------------|------|---|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0494/2016</u>
III | 5. | MünsterZukünfte 20 30 50 - strategisch Zukunft gestalten, kurzfristig handeln |
| <u>V/0479/2016</u>
V | 6. | Stand und Perspektiven der Unterbringung von Flüchtlingen in Münster Ende Mai 2016 |
| <u>V/0348/2016</u>
II | 7. | „Modell: Münster-Integration – Unusual aspects of integration oder Die andere Blickrichtung in / für Westfalen auf Integration“
hier: Modellbauprojekt „Wohnen für Alle“ |
| <u>V/0590/2016</u>
V | 8. | Gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Menschen ohne Krankenversicherungsschutz in Münster |
| <u>V/0680/2016</u>
IV | 9. | Bewerbung zur Teilnahme am "Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus" des Trägers MuM-Mehrgenerationenhaus und Mütterzentrum Münster e.V. |

<u>V/0656/2016</u> IV	10.	Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte, Sport, Sprache, Integration - Antrag der Stadt Münster
<u>V/0648/2016</u> IV	11.	Modellprojekt Schulbegleitung (Einsatz von Integrationshilfen)
<u>V/0676/2016</u> V	12.	Qualitätsmanagement in der Kita- und Schulverpflegung - Bericht 2012 – 2016
<u>V/0692/2016</u> V	13.	Einführung von Gebühren für amtliche Regelkontrollen in der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung
<u>V/0661/2016</u> VI	14.	Erfahrungsbericht "Hilfen beim Umzug"
<u>V/0716/2016</u> V	15.	Basisinformationen Jobcenter Münster
<u>V/0610/2016</u> II	16.	1. Nachtragssatzung der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2016
	17.	Verschiedenes

Herr Kollmann eröffnete um 17:15 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Herr Kollmann gratulierte Frau Stadträtin Wilkens im Namen aller Ausschussmitglieder zum Geburtstag. Als neues ordentliches Mitglied begrüßte Herr Kollmann Herrn Meik Tafelski und hieß ihn herzlich willkommen.

Punkt 1 der Tagesordnung Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Nach Verlesen der Verpflichtungsformel durch Herrn Tafelski verpflichtete Herr Kollmann ihn mit Handschlag.

Punkt 2 der Tagesordnung Festsetzung der Tagesordnung

Herr Kollmann informierte darüber, dass die unter TOP 7 der Tagesordnung aufgeführte Vorlage V/0348/2016 - Modell: Münster-Integration – Unusual aspects of integration oder Die andere Blickrichtung in / für Westfalen auf Integration“ hier: Modellbauprojekt „Wohnen für Alle“ – von der Verwaltung aus der Beratungskette genommen wurde.

Herr Reiners beantragte, die Tagesordnung des öffentlichen Sitzungsteils um die Vorlage V/0690/2016 - Stadthaus 1 als zentraler Ort bürgerorientierter Dienstleistungen - Innensanierung: Zukünftiger Betrieb der Kantine im Stadthaus 1: "Integrationsbetrieb" – zu erweitern.

Frau Seyfferth sprach sich gegen diesen Vorschlag aus.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung stimmte mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Gegenstimmen (SPD, FDP, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) für die von Herrn Reiners beantragte Erweiterung der Tagesordnung.

Die Tagesordnung des öffentlichen Sitzungsteils wurde daraufhin wie folgt festgesetzt:

Öffentlicher Sitzungsteil

- | | | |
|---------------------------|------|---|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0494/2016</u>
III | 5. | MünsterZukünfte 20 30 50 - strategisch Zukunft gestalten, kurzfristig handeln |
| <u>V/0690/2016</u>
I | 6. | Stadthaus 1 als zentraler Ort bürgerorientierter Dienstleistungen - Innensanierung: Zukünftiger Betrieb der Kantine im Stadthaus 1: "Integrationsbetrieb" |
| <u>V/0479/2016</u>
V | 7. | Stand und Perspektiven der Unterbringung von Flüchtlingen in Münster Ende Mai 2016 |
| <u>V/0348/2016</u>
II | 8. | „Modell: Münster-Integration – Unusual aspects of integration oder Die andere Blickrichtung in / für Westfalen auf Integration“
hier: Modellbauprojekt „Wohnen für Alle“ |
| <u>V/0590/2016</u>
V | 9. | Gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Menschen ohne Krankenversicherungsschutz in Münster |
| <u>V/0680/2016</u>
IV | 10. | Bewerbung zur Teilnahme am "Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus" des Trägers MuM-Mehrgenerationenhaus und Mütterzentrum Münster e.V. |
| <u>V/0656/2016</u>
IV | 11. | Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte,
Sport, Sprache, Integration - Antrag der Stadt Münster |

<u>V/0648/2016</u> IV	12.	Modellprojekt Schulbegleitung (Einsatz von Integrationshilfen)
<u>V/0676/2016</u> V	13.	Qualitätsmanagement in der Kita- und Schulverpflegung - Bericht 2012 – 2016
<u>V/0692/2016</u> V	14.	Einführung von Gebühren für amtliche Regelkontrollen in der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung
<u>V/0661/2016</u> VI	15.	Erfahrungsbericht "Hilfen beim Umzug"
<u>V/0716/2016</u> V	16.	Basisinformationen Jobcenter Münster
<u>V/0610/2016</u> II	17.	1. Nachtragssatzung der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2016
	18.	Verschiedenes

Punkt 3 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung

Eingänge

Herr Kollmann wies hin auf das Schreiben des Stadtsportbundes Münster e. V. an Herrn Oberbürgermeister Markus Lewe vom Juni 2016 betreffend die Münsteraner Erklärung zum Thema „Der Sportverein als Bildungsakteur in Münster“.

Die Mitgliederversammlung des Stadtsportbundes Münster habe am 2. Mai 2016 beschlossen, die Münsteraner Erklärung zum Thema „Der Sportverein als Bildungsakteur in Münster“ anzunehmen und den Oberbürgermeister mit vorgenanntem Schreiben gebeten, diese Erklärung dem Rat der Stadt Münster, allen Ausschüssen und der Verwaltung zur Kenntnis zu geben.

Der Stadtsportbund verfolge damit das Ziel, eine Sensibilisierung für die Bildungspotentiale des Sports und eine Akzeptanz des gemeinwohlorientierten Sports als wichtigem Bildungsakteur in Münster zu erreichen.

Die Erklärung ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 1**.

Frau Arnkens-Homann

- 3.2.1** berichtete in einer kurzen Zusammenfassung über die Unwetterhilfe nach dem Starkregen 2014. Der Bericht ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 2**.
- 3.2.2** informierte zur Flüchtlingssituation. Die Information ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 3**.
- 3.2.3** wies auf die Entwicklungen und wachsenden Herausforderungen in der Wohnungslosenhilfe hin. Die Wohnungslosenhilfe der Stadt Münster befinde sich in einer zunehmend angespannten Situation. Der Bedarf an Notunterbringungen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit steige durch veränderte und neue Zielgruppen, z. B. EU-Zuwanderer, anerkannte Flüchtlinge oder auch vermehrt zuziehende Familien.

Gleichzeitig beanspruche die Integration von Flüchtlingen in die Stadt und auf dem regulären Wohnungsmarkt in zunehmendem Maße auch Ressourcen der Wohnungslosenhilfe, räumlich wie in der Beratung und Unterstützung. Zuletzt vorhandene Kapazitäten der Unterbringung seien aktuell weitgehend erschöpft. Es sei daher absehbar, dass die kommunale Unterbringungsverpflichtung wohnungsloser Menschen künftig wohl deutlich schwieriger, nur mit zusätzlichem Aufwand und mit neuen inhaltlichen Ansätzen zu gewährleisten sein werde.

Das Sozialamt plane daher vor dem Jahresende, möglichst für die Sitzung am 2. November 2016, eine Berichtsvorlage zu den Entwicklungen und wachsenden Herausforderungen in der Wohnungslosenhilfe.

- 3.2.4** machte auf die inklusive Sozialplanung für Menschen mit und ohne Behinderung im Alter und hier insbesondere auf das Forschungsprojekt SoPHiA aufmerksam.

Das Forschungsprojekt SoPHiA („Sozialraumorientierte kommunale Planung von Hilfe- und Unterstützungsarrangements für Menschen mit und ohne lebensbegleitende Behinderung im Alter“) werde von der Katholischen Hochschule NRW (KatHO), Abteilung Münster, durchgeführt. Praxispartner seien der Landschaftsverband-Westfalen Lippe, die Stadt Münster und der Kreis Steinfurt gewesen. Das Projekt sei vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert worden.

Die im Rahmen von SoPHiA erstellten Regionalberichte für Münster-Hiltrup und für Wettlingen seien veröffentlicht worden und könnten auf der Homepage der KatHO abgerufen werden:

<http://www.katho-nrw.de/katho-nrw/forschung-entwicklung/forschungs-entwicklungsschwerpunkte/teilhabeforschung/aktuelles-aus-der-teilhabeforschung/>

In der Fachtagung „Inklusive Sozialplanung für das Alter (n)“ am 3. November 2016 im LWL-Landeshaus würden ausgehend von den Ergebnissen des Forschungsprojektes Chancen und Herausforderungen inklusiver Planungskonzepte erörtert und diskutiert. Die Einladung zur Fachtagung hätten die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen bereits per E-Mail erhalten.

- 3.2.5** erwähnte die Information zum Münster-Pass, die die Mitglieder im Vorfeld der Sitzung erhalten hatten.

Frau Woldt

- 3.2.6** berichtete über die Herbsttagung des Arbeitskreises Kommunales des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen in Münster und über
- 3.2.7** die Stiftung Bürgerwaisenhaus: Zustiftung – neuer Namensfonds.

Beide Berichte sind der Niederschrift beigelegt - **Anlage 4**.

Herr Dr. Schulze Kalthoff

- 3.2.8** berichtete über den Sachstand der Vorbereitung der Cannabis-Fachkonferenz und des Modellprojektantrags. Der Bericht ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 5**.
- 3.2.9** stellte die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit in Münster dar. Vom Landesbetrieb Information und Technik seien die aktuellen Zahlen zur Säuglingssterblichkeit 2015 für die Verwaltungsbezirke in NRW vorgelegt worden. Als Säuglingssterblichkeit bezeichne man die Anzahl aller im ersten Lebensjahr verstorbenen Kinder bezogen auf 1.000 Lebendgeburten. Dieser Indikator sei ein international gebräuchliches Maß für die allgemeine Qualität der Lebensverhältnisse einer Bevölkerung und die Qualität der gesundheitlichen Betreuung von Schwangeren, Neugeborenen und Säuglingen.

Die Säuglingssterblichkeit liege in Münster mit 2,4 in 2015 auf einem sehr guten Niveau. Zum Vergleich: Die Werte lägen in Bonn bei 3,4, in Düsseldorf bei 4,8 und in Gelsenkirchen bei 6,0. Eine weitergehende Analyse und Bewertung der Entwicklung dieses Gesundheitsthemas seit 1976 sei in einer Information zu finden, die der Niederschrift beigelegt werde – **Anlage 6**.

- 3.2.10** machte auf die Info- und Mitmachveranstaltung „Gesund & Aktiv – älter werden in Münster“ am 22. September 2016 im Rathausfestsaal aufmerksam, die auch in diesem Jahr wieder als Nachmittagsveranstaltung in Kooperation mit der kommunalen Seniorenvertretung, der Selbsthilfekontaktstelle und der Volkshochschule stattfinde. In dieser Veranstaltung im Rathausfestsaal drehe sich das meiste um das Schwerpunktthema „Mobil sein – mobil bleiben“. Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung seien selbstverständlich herzlich eingeladen. Die Veranstaltungsflyer seien als Tischvorlage ausgelegt.

Herr Schölling

- 3.2.11** berichtete, dass die Fachstelle „Geflüchtete“ des Jobcenters ihren Dienst am 5. September 2016 in der Oxford-Kaserne aufgenommen habe. Die Dienste würden gut angenommen. Ein entsprechendes Handout liege als Tischvorlage aus und werde der Niederschrift beigelegt – **Anlage 7**.

Herr Kollmann

- 3.2.12** wies daraufhin, dass die Arbeitsmarktkonferenz stattgefunden habe und die Dokumentation hierüber vorliege.

Punkt 4 der Tagesordnung**Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Frau Seyffert brachte den Antrag der SPD-Fraktion zur Vorlage V/0348/2016 - Modell: Münster-Integration – Unusual aspects of integration oder Die andere Blickrichtung in / für Westfalen auf Integration“ hier: Modellbauprojekt „Wohnen für Alle“ – ein.

Die Vorlage wurde von der Verwaltung aus der Beratungskette genommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 8**.

Frau Arnkens-Homann informierte über eine vorliegende Anfrage der CDU-Fraktion zur beruflichen Integration von Flüchtlingen. Da es sich um einen umfangreichen Fragenkatalog handele, sei die Beantwortung nicht bis zu dieser Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung möglich gewesen. Sie habe dies im Vorfeld der Sitzung mit Herrn Halberstadt kommuniziert und ihm zugesichert, dass die Verwaltung die Anfrage noch in diesem Jahr beantworten werde.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0494/2016****MünsterZukünfte 20 | 30 | 50 - strategisch Zukunft gestalten, kurzfristig handeln**

Herr Kollmann wies auf folgende Informationen hin:

Die Vorlage V/0494/2016 „MünsterZukünfte 20 | 30 | 50 - strategisch Zukunft gestalten, kurzfristig handeln“ wurde am 29.06.2016 im Rat beschlossen.

Der Oberbürgermeister hat mit einer Protokollerklärung und einem Schreiben vom 01.07.2016 an die Mitglieder des Rates und die sachkundigen Bürger/innen und Einwohner/innen der Fachausschüsse ausdrücklich eine Einbeziehung der politischen Gremien im weiteren Prozess vorgesehen und angeregt, diesen bei Interesse durch eine Beratung in den Fachausschüssen zu begleiten.

Der Ausschuss für Gleichstellung hat die Vorlage in seiner Sitzung am 25.08.16 beraten und eine Stellungnahme beschlossen.

Die Stellungnahme wurde den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung im Vorfeld der Sitzung übersandt.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung hat die Möglichkeit Anträge / Stellungnahmen zu der Vorlage zu stellen und zu beschließen.

Herr Prof. Dr. Hauff und Herr Dr. Schmidt stellten die Vorlage vor und beantworteten Fragen der Mitglieder.

Herr Scholz beantragte, die Vorlage ohne Beschlussfassung an das nächste Gremium zu schieben.

Herr Reiners brachte einen gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der CDU-Fraktion ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 9**.

Frau Seyfferth brachte einen Änderungsantrag der SPD ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 10**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung stimmte zunächst über den Antrag von Herrn Scholz ab, die Vorlage ohne Beschlussfassung an das nächste Gremium zu schieben.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD, FDP, DIE LINKE.) und einer Enthaltung (Herr Kollmann) abgelehnt.

Frau Stadträtin Wilkens und Herr Kollmann beantworteten Verfahrensfragen der Mitglieder.

Frau Rietenberg und Herr Wölter betonten die Gemeinsamkeiten in dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL sowie der CDU-Fraktion und dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion und regten an, die Anträge zusammenzuführen.

Herr Kollmann unterbrach um 18:35 Uhr die Sitzung für eine Beratungspause.

Um 18:45 Uhr wurde die Sitzung fortgesetzt.

Herr Reiners, Frau Seyfferth und Herr Halberstadt brachten einen gemeinsamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 11**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den gemeinsamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) bei einer Gegenstimme (FDP).

Herr Scholz regte an, den von der Fraktion DIE LINKE. im Rat eingebrachten Antrag zu der Vorlage V/0494/2016 in den gemeinsamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zu integrieren.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0690/2016**

**Stadthaus 1 als zentraler Ort bürgerorientierter
Dienstleistungen - Innensanierung: Zukünftiger
Betrieb der Kantine im Stadthaus 1: "Integrations-
betrieb"**

Herr Willamowski stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Frau Seyfferth schlug vor, die Vorlage ohne Beschlussfassung in das nächste Gremium zu schieben.

Herr Reiners betonte, dass eine Abstimmung nicht zwingend sei, das Thema aber im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung aufgegriffen werden sollte.

Von mehreren Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung wurde der Wunsch geäußert, die Vorlage in der nächsten Sitzung der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen zu beraten.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss einstimmig, die Vorlage ohne Beschlussfassung in das nächste Gremium zu schieben.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0479/2016**

**Stand und Perspektiven der Unterbringung von
Flüchtlingen in Münster Ende Mai 2016**

Mitglieder verschiedener Fraktionen dankten der Verwaltung für die gute Vorlage und die vorbildliche Arbeit im Bereich der Flüchtlingshilfe.

Frau Arnkens-Homann beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0348/2016**

**„Modell: Münster-Integration – Unusual aspects of
integration oder Die andere Blickrichtung in / für
Westfalen auf Integration“
hier: Modellbauprojekt „Wohnen für Alle“**

Die Vorlage wurde von der Verwaltung aus der Beratungskette genommen.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0590/2016**

**Gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen,
Asylsuchenden und Menschen ohne Krankenver-
sicherungsschutz in Münster**

Frau Seyfferth brachte folgenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein:

Der ASSGVAF möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzbedarfe für die in der Anlage zur Vorlage genannten Handlungsempfehlungen zu ermitteln und in der Umsetzung zu priorisieren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Finanzierungsbeiträge anderer Kostenträger zu ermitteln und darzustellen.
3. Die Ergebnisse der unter 1. und 2. genannten Punkte werden rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2017 aufbereitet und den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Schulze Kalthoff nahm zu den Aufträgen an die Verwaltung Stellung und sagte eine rechtzeitige Antwort zu.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung stimmte daraufhin zunächst dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion und anschließend der Vorlage in Gestalt des Änderungsantrages einstimmig zu und beschloss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzbedarfe für die in der Anlage zur Vorlage genannten Handlungsempfehlungen zu ermitteln und in der Umsetzung zu priorisieren.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Finanzierungsbeiträge anderer Kostenträger zu ermitteln und darzustellen.**
- 3. Die Ergebnisse der unter 1. und 2. genannten Punkte werden rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2017 aufbereitet und den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.**

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0680/2016**

**Bewerbung zur Teilnahme am "Bundesprogramm
Mehrgenerationenhaus" des Trägers MuM-
Mehrgenerationenhaus und Mütterzentrum Mün-
ster e.V.**

Mitglieder verschiedener Fraktionen lobte die hervorragende Arbeit des MuM e. V.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung stimmte der Vorlage einstimmig zu und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster begrüßt und unterstützt die Bewerbung des Trägers MuM- Mehrgenerationenhaus und Mütterzentrum Münster e.V. zur Teilnahme am „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“ des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).
2. Bei Aufnahme der Einrichtung in das Bundesprogramm erbringt die Stadt Münster die Kofinanzierung des Mehrgenerationenhauses des Trägers MuM- Mehrgenerationenhaus und Mütterzentrum Münster e.V. in Höhe von jährlich 10.000,00 € im Förderzeitraum 2017 bis 2020 (Summe für den Gesamtzeitraum: 40.000,00 €).
3. Die Stadt Münster bindet das Mehrgenerationenhaus des Trägers MuM e.V in die Koordination der vorhandenen und geplanten Angebote zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung des Stadtteils Gievenbeck ein.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die verbindliche Kofinanzierung für die Jahre 2017 bis 2020 Kosten in Höhe von 40.000,00 € entstehen.

Die Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2017 veranschlagt.

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0604	Familienförderung			
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwen- dungen	2017	10.000,00	
			2018	10.000,00	
			2019	10.000,00	
			2020	10.000,00	
Insgesamt:				40.000,00	

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2017 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Frau Seyfferth begrüßte die Vorlage ausdrücklich. Frau Rietenberg schloss sich dem an, bat aber darum, folgende Fragen als Anlage zur Niederschrift zu beantworten:

- Wo werden die Stellen direkt angegliedert?
- Welche Kompetenz soll das Personal mitbringen?
- Mit welchen Kooperationspartner ist eine Vernetzung der Stellen vorgesehen und wie soll diese Vernetzung ausgestaltet sein?

Frau Arnkens-Homann nahm zu den Fragen Stellung, sagte aber eine schriftliche Antwort als Anlage zur Niederschrift zu.

Die Antworten sind der Niederschrift beigelegt – **Anlage 12**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung

1. Der Rat unterstützt die Zielsetzungen des aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projektes „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte, *Sport, Sprache, Integration*“ (s. Anlage) und stimmt der Beantragung zu.
2. Bei Bewilligung des Projektes werden zu seiner Durchführung -aus Bundesmitteln finanziert-befristet vom 01.03. bis 28.02.2019 2,00 Stellen im Teilergebnisplan 0302 eingerichtet. Bis zur Besetzung nimmt die Verwaltung die Bewertung der Stellen vor.
3. Es entstehen die unter „II. Finanzielle Auswirkungen“ beschriebenen Erträge und Aufwendungen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Für die Maßnahmen entstehen folgende Erträge und Aufwendungen im Teilergebnisplan:

Produktgruppe 0302 Zentrale Leistungen für am Schulleben Beteiligte					
Pos.	Nr.	Bezeichnung	Bedarf 2017	Bedarf 2018	Bedarf 2019
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	100.950,00 €	137.220,00 €	21.380,00 €
Erträge gesamt			100.950,00 €	137.220,00 €	21.380,00 €
Zeile	11	Personalaufwendungen ¹	94.950,00 €	130.220,00 €	20.380,00 €
Zeile	16	ordentliche Aufwendungen	6.000,00 €	7.000,00 €	1.000,00 €
Aufwand gesamt			100.950,00 €	137.220,00 €	21.380,00 €
Saldo			0,00 €	0,00 €	0,00 €

Die vorgenannten Mittel werden im Rahmen der Etatberatung 2017 ff zusätzlich über Veränderungsblatt angemeldet. Nicht separat aufgeführt und auch nicht förderfähig sind die pauschal nach KGSt zu berücksichtigenden Arbeitsplatzkosten (Raum inklusive Büroarbeitsplatz) von jährlich 9.700,- € / Stelle² sowie Kosten für die administrative Begleitung des Projektes durch das Amt für Schule und Weiterbildung³. Sachaufwand, der gegebenenfalls die Erstattung seitens des Bundes überschreitet, wird aus dem vorhandenen Budget des Amtes für Schule und Weiterbildung aufgefangen.

Punkt 12 der Tagesordnung V/0648/2016 Modellprojekt Schulbegleitung (Einsatz von Integrationshilfen)

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung V/0676/2016 Qualitätsmanagement in der Kita- und Schulpflegung - Bericht 2012 – 2016

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

¹ Derzeit ist die Eingruppierung der Stellen noch nicht abschließend geklärt. Da der Bund -je nach Entgeltgruppe- maximal die Stufe 2 finanziert, müssen eventuell darüber liegende Personalaufwendungen aus dem städtischen Budget getragen werden.

² Der Gesamtaufwand für Räume (Interne Leistungsverrechnung mit dem Amt 23) bzw. Möbel- / DV-Ausstattung wird zentral je nach städtischem Gesamtbedarf fortgeschrieben. Es ist in der Regel weder eine arbeitsplatzbezogene Ermittlung zielführend, noch ist aufgrund der Verschiebungen innerhalb des Gesamtbedarfes eine eindeutig zuzuordnenden Kostensteigerung ermittelbar. Die KGSt empfiehlt allerdings, solche dem Grunde nach entstehenden Kosten entsprechend auszuweisen.

³ Die notwendige administrative Betreuung des Projektes erfolgt durch vorhandenes Personal im Amt 40

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/0692/2016**

Einführung von Gebühren für amtliche Regelkontrollen in der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung

Herr Dr. Schulze Kalthoff beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 15 der Tagesordnung
V/0661/2016**

Erfahrungsbericht "Hilfen beim Umzug"

Frau Arnkens-Homann und Frau Regenitter beantworteten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 16 der Tagesordnung
V/0716/2016**

Basisinformationen Jobcenter Münster

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Punkt 17 der Tagesordnung
V/0610/2016**

1. Nachtragssatzung der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2016

Frau Stadträtin Wilkens und Herr Schölling beantworteten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig bei einer Enthaltung (DIE LINKE.) und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Stellenplan der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2016 wird in der Fassung vom 28.09.2016 beschlossen (Anlage).
2. Die 1. Nachtragssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2016 wird beschlossen (Anlage).

Punkt 18 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Arnkens-Homann beantwortete eine Frage von Herrn Halberstadt zur Unterbringung von obdachlosen Menschen im Winter.

gez.
Thomas Kollmann
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung